

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwesfke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Abkürzungsgebühren... pro Blatt 40 Pf.

Nr. 85.

Verlag der Actien-Gesellschaft Hallische Zeitung.

Halle, Sonnabend, 10. April.

Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerhardt.

1885.

Politischer Tagesbericht.

Deutsches Reich.

Der Bundesrat hielt am Donnerstag Nachmittag im Reichstagsgebäude seine regelmäßige Plenarsitzung ab und überwiegt eine Anzahl bereits bekannter seiner Vorlagen, sowie den Beschluß des Reichstages, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung, dem zuständigen Ausschüsse. In Betreff der vom Reichstage angenommenen Abänderungen des Gehelntariffs, betreffend die Bestimmung des Zuckers, wurde die Beschlußfassung noch ausgesetzt. Die Vorlage, betreffend den Anschluß der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen, wurde, da der Zustimmung der Vorbereitung noch nicht beendet hatte, von der Tagesordnung abgesetzt. Den Beschluß des Reichstages zu dem Gehelntariff, betreffend den Reichstags in den deutschen Schutzgebieten, soll beigetreten. Die Beschlüsse darüber sollen in einer besonderen mündlichen Erklärung dargelegt werden.

Die neue Branntweinsteuervorlage wird dem Reichstage noch zur Verählung in dieser Session zugehen. Im Reichstage war, wie schon erwähnt, starke Bewegung vorhanden, noch vor dem Schluß zu machen. Jetzt wird nur eine Vorlesung über diesen eintreten, da die Regierung angeht, der finanziellen und wirtschaftlichen Lage nicht darauf verzichten kann, dem Reichstage noch einmal zu einem Votum in der Branntweinsteuervorlage Gelegenheit zu geben. Die Frage ist einmal im Hinblick, die öffentliche Meinung außerhalb des Parlamentes hinsichtlich über die Nothwendigkeit, den Branntwein höher zu besteuern, gefahrt und einig, und der Reichstag wird daher nicht umhin können nachzugehen, was er veräumt hat, nämlich die Spiritussteuerfrage noch in dieser Session eingehend zu prüfen.

Der Prozeß des Fiskus gegen den Reichstagsabgeordneten Dirichlet wegen Zahlung der in den Jahren 1881-82, 1882-83, 1883-84 und 1884-85 von der Fortschrittspartei erhaltenen Diäten im Gesamtbetrage von 2000 Mark an Kläger angeklagt hat, wurde am Mittwoch in Königsberg i. Pr. vor dem III. Civilsenat des dortigen Oberlandesgerichts in der Berufungsinstantz verhandelt. In erster Instanz war Kläger mit seiner Klage abgewiesen worden. In der Verhandlung am Mittwoch verbreitete sich die Vertreter der Parteien. Zuführer v. Obernigk für den Kläger und, der Königsberger Hofrath Herr Jg. zufolge, Justizrath Hader für den Verklagten, vornehmlich unter Berufung auf dasjenige, was sie in dem ähnlichen Prozesse Fiskus wider Wander vor dem Reichsobersten bereits angeführt hatten. Es beantragten resp. bekräftigten die Anwaltschaft der §§ 172, 173, 205 und 206 des 16. Artikels des Allgemeinen Landrechts, des Artikels 32 der Reichsverfassung, auf welche Gesetzesstellen sich die Klage stützt. Der Hof hat für Fortschrittspartei erhalten zu haben, behauptet jedoch, diese Summe nicht für seinen Unterhalt in Berlin während des Tags des Reichstages, sondern zu Reisen im Interesse der Fortschrittspartei verwendet zu haben, eventuell hat sich derselbe zur Abweisung des Väterungsgeldes erboten. Der Gerichtshof setzte die Publikation des Urtheils noch aus.

Über den Zweck der Anwesenheit des Fürsten von Spenburg-Birchstein in Rom telegraphirt man der Wiener A. F. P.:

Das preussische Verbandsmitglied Fürst Spenburg-Birchstein nahm beim Boykott Klubs, um ihn zu bitten, zur Befriedigung des kirchlichen Aergers in Preußen die Anwesenheit zu be willigen. Der Boykott empfangen im logisch, vermied jedoch, die Frage auch nur mit einem Worte zu berühren. In dem Vatikan nachstehenden Kreise behauptet man noch wie vor, daß der Boykott eine einmalige Anwesenheit als Zugeständnis für die schwervermerkte Kirchenvorlage erzwänge und nur für den Fall einer günstigen Modifikation der Vorlage die dauernde Anwesenheit durch unter gewissen Bedingungen, welche eine willkürliche Anwendung des kirchlichen Einpruchsrechts auszuüben genötigt seien, ver spreche. Als eine der wesentlichsten Bedingungen wird bezeichnet, daß bei etwaigen Streitigkeiten zwischen Bischöfen und Oberpräsidenten nach Erhöhung aller sonstigen Mittel zur Schlichtung der Angelegenheit dem Boykott selbst die Einschaltung vorbehalten bleibt.

Einem Telegramm der Aff. Hg. zufolge wäre am Donnerstag ein päpstlicher Specialcourier in Berlin eingetroffen, der eine diplomatische Note überbrachte, in welcher der Papst die Anwesenheit auf Grund des württembergischen Systems gegen eine gründliche Revision der Waagefrage zugesucht. Die Gesichtspunkte, von denen aus eine Revision erfolgen soll, sind in der Note enthalten. Ueber die Bedeutung dieses Anerbietens läßt sich erst ein Urtheil fällen, wenn die Gesichtspunkte bekannt gemacht sein werden. Immerhin deutet der Schritt darauf hin, daß noch nicht alle Brücken zur Erreichung eines vollen Friedens abgebrochen sind.

Der neu ernannte Erzbischof von Posen, Dindar, erläßt eine Dankagung für ihm zugegangene Sympathiebeweise in der Germania.

Ausland.

Belgien. Die Abberufung des Generals von der Smitten, dessen Anhalt in Brüssel soeben gemeldet wird, wegen Uebertretung seiner Vollmacht, ist so unglücklich auf diese zuerst von der radicalen Wähler Reform verbreitete Nachricht klang - vollendete Thatfache. Das Verbrechen, dessen man den tapferen General, der sich so große Verdienste um Leben und

Sicherheit von Hunderttausenden erworben hat, zeugt, ist: daß er die Aufwieger Dufassierung und Franzosung, zwei verkommene Abdotaten, die sehr gefährliche Einwirkungen auf die Arbeiter übten, bevor sie noch an den Ort ihrer Bestimmung gelangt waren, hat verhaften lassen, und ferner, daß er befohlen hat, alle anderen Söldenfriede ebenfalls festzunehmen, wenn sie sich zeigen sollten. Darob ist nun unter den constitutionellen Hionswächtern der zweiten belgischen Kammer große Entrüstung entstanden, die am 5. in einer Interpellation des Abg. Para Ausdruck fand. Para tabelte die Anarthritis, aber auch das ungeschickliche Vorgehen der Behörden. Ministerpräsident Bernaert erwiderte, der General habe die Regierung nicht befragt, möglicherweise habe des Generals Feder seine Gedanken überflüssig; er sei übrigens grundsätzlich mit Para einverstanden. Inzwischen hat das Ministerium des constitutionellen Aufrethaltens dem General einen Verweis erteilt! Laut der Independence Belge bereitet der Justizminister einen Gelegenheitswurf vor, der den Vorkalbedürden ausgeübter Vollmachten zur Unterdrückung von Märdereien verleiht.

Ein wie schwerer Fehler die Abberufung des energigen Generals war, bezogen die neuesten Nachrichten, welche schon wieder umfangreiche Arbeitseinstellungen melden, theils aus dem Kohlengebiet von Charleroi, theils aus der bisher ruhig gebliebenen Gegend von Gent. Die dortigen Behörden haben sofort militärische Hilfe veranlagt, was nach den jüngsten Erfahrungen hegreulich ist, obwohl es vorhanden und noch nicht zu Aufhebungen gekommen scheint, welche aber jeden Augenblick eintreten können; denn noch immer herrscht, wie nach dem Vorgesagten natürlich ist, große Aufregung und Empörung in den Gemüthern.

Die streikenden Arbeiterbände, denen sich Schaaeren Bogobanden anschließen, üben, wie der West Hg. geschrieben wird, trotz aller Cavalleriepatrouillen eine wahre Schreckensherrschaft über die verzeuvelten Eigenthümer des flachen Landes aus.

Sobald die Truppen erscheinen, rücheten sie in die Häuser, zogen sie wieder ab, sind auch die Horden wieder da. Selbst im Wallon Lüttich laudeten sie auf, brennen und plündern, wie am Sonntag wieder eine große Meierei in Larode in Brand gesetzt worden ist. Am schrecklichsten im Bezirk zwischen der Waas und Sambre, in dem zahlreiche Häuser das Verdict erleideten. Und das Unwetter nimmt umfönglich an, als sich einzelne Dörferchen losar den Wänden anschließen. In Florennes erdrückte am Sonntag eine Wunde von 20 freiesden Arbeitern, um die Eigenthümer eines Hauses herum zu brandstücken. Das erdrückte den Einwohnern von Florennes so vortrefflich, daß sie sich mit Ausnahme des Bürgermeisters der Wunde angeschlossen. Drei vorhandene Gendarmen, die dem Saufen entgegen traten, wurden soeben erschossen und nun auch es von Schuß zu Schuß. So man wischenfien wollte, daß die Drohung von Brand und Plünderung trefflich; im Umkreise hatte man 1100 Franken zusammenfassen.

Balkan-Politik. Die Lage im Orient läßt sich heute günstiger an. Das im gestrigen Abendblatt mitgetheilte, die Unternehmung des Fürsten Alexander unter den Mächtspruch Europas anföngende Telegramm schloß eine wesentliche Vereinfachung des bulgarisch-österreichischen Problems und wird hoffentlich von entscheidenden Folgen auch nach anderen Richtungen hin begleitet sein. Mehr noch, als der Inhalt des Konferenzbeschlusses selbst, dürfte vielleicht die Kenntniß eines heilsamen Umkehrung in der Anknüpfungweise der Balkanvölker zu Wege bringen, daß Europa unter den obwaltenden Umständen kaum anders entscheiden konnte, als es thätiglich entschieden hat. Was einer Veruhigung der Gemüther fortwährend hinderlich im Wege steht, ist ja eben der Wahn, daß die Eingieit der Mächte in der Orientfrage ein Ereigniß loslöset und thätiglicher Nothwendigkeit, sondern mehr ein Nothbehelf sei, wobei die eigentlichen Mächte der Teilnehmer des europäischen Aropeas weit aussonderberufen und zur Widersprechlichkeit gegen offizielle Abmachungen der Diplomatie einladen. Fürst Alexander scheint eingesehen zu haben, daß das beharrliche Festhalten an dem Standpunkte starrer Ablehnung angeht, was durch die Konferenz geschaffenen fait accompli fehlerhaft sein dürfte, und sein jetziges Einlenken dürfte ihm eine moralische Kräftigung seiner Position zuführen, die für die Zukunft Bulgariens nur heilsam sein kann. Was aber die Schuldner der griechischen Kammer in Athen betrifft, so ergehen sie sich zwar in hochtönenden Proben, aber keiner wagt es, den Antrag auf Kriegserklärung gegen die Türkei einzubringen.

In der Mittwoch'schen Sitzung der Deputirtenkammer vertheilte der Ministerpräsident Deligrannis die von dem Ministerium befolgte Politik der Erhaltung Griechenlands von jedem, dem Völkerrichte zumverlaufenden Angriffe gegen die Türkei; er hätte eine Trennung der politischen Frage von der Vertragsfrage gemüthlich, die erstere selbständig für sich bestehend betrachtet werden müßte. Lombardas unterlag die Politik des Ministers einer abfälligen Kritik; dielebe habe Griechenland der Sumpfmäher der Mächte beraubt, ohne daß die Regierung die Wärdigkeit habe, den Krieg zu erklären. Deiner beschränkte die diplomatische Lage als eine behauerliche, besonders wegen der persönlichen Differenzen, welche zwischen Deligrannis und den Gesandten Deutschlands und Englands eingetreten wären, Differenzen, welche der Sache Griechenlands schaden. Die Lösung wurde hierauf vertagt.

Die Erkenntniß, daß Europa Griechenland, falls letzteres den Kampf muthwillig vom Jauue brechen sollte, ohne Gnade seinem selbstherrlichen Schicksal überlassen dürfte, scheint Wunder bewirkt zu haben. Man kann daher wohl mit größerer Zuversicht als noch vor ganz kurzer Zeit hoffen, daß, wenn nur erst der Konstantinopeler Konferenzschluß eine Weile zur internationalen Erörterung gestanden haben wird, er auch auf geeignete Beurtheilung

setzens der Kreise Aussicht erhält, die ihm einstweilen noch abgeneigt find, und daß dann der kritische Augenblick der jetzigen Orientfrage endgiltig überwinden sei wird.

Inzwischen sind, wie aus Athen vom 8. d. Mts. berichtet wird, die Vertreter der Mächte am griechischen Hofe beauftragt worden, der dortigen Regierung das bulgarische Abkommen zur Kenntniß zu bringen. Zugleich sollen dielelebe die Regierung eruchen, dem Wäundliche Europas, den Frieden aufrecht zu erhalten, zu willfahren. Wie ein vom Donnerstag datirtes Telegramm aus Darmstadt meldet, erhielt Prinz Alexander von Serbien ein vom 7. d. Mts. datirtes Telegramm aus Sofia in welchem ihm sein Sohn, Fürst Alexander, meldet: Er habe das am 5. d. M. in Konstantinopel von sämtlichen Mächten unterzeichnete Document erhalten. Da sich dasselbe nicht als türkisch-bulgarisches Abkommen, sondern als ein Mächtspruch Europas bezeichne, so habe er befohlen, dasselbe anzuerkennen unter Wahrung seiner Rechte in Bezug auf § 1.

Der russische Botschafter wird sich demnächst aus Sofia zu dem Kaiser von Rußland nach Awadia begeben. Aus Belgrad wird vom 8. d. Mts. gemeldet, die Partei Ribitsch und die radicalere Partei hätten beschlossen, sich bei dem am 8. Mai stattfindenden Stupichting-Wahlen den ministeriellen Candidaten gegenüber gegenseitig zu unterstützen.

Bermischte Nachrichten.

Berlin, den 8. April.

Se. Majestät der Kaiser empfing am Donnerstag auch die Mitglieder der Commission, welche zur Erziehung eines Denkmals für weiland den Prinzen Friedrich Karl von Preußen hier zusammen getreten ist, und den Marine-Bevollmächtigten der Nordischen Mächte, Captain zur See Freiherrn von Hoffing.

Prinz Wilhelm und seine Gemahlin sind, so theilt uns ein Berichtshat'er mit, am Donnerstag Nachmittag mit genauer Wacht einer schwerer Gefahr entgangen. Das Prinliche Paar hatte das Generalskassens Gebäude besucht und verließ dasselbe im offenen Wagen gegen 2 Uhr durch den Eingang in der Perwartstraße. An dem Thorweg hängt eine große Kugel mit einer Glocke, von welcher einem Meter Durchmesser. Am dieser Kugel blieb der Kutscher als er gerade mitten unter der Ampel mit der Beileiche schmalte, mit der Schmar der befehlen hängen. Um die Beileiche wieder loszubekommen, gab der Kutscher einen kräftigen Ruck, damit wurde war die Beileiche frei, aber auch die Wägre der Ampel brach und diese fürzte mit starkem Krachen - unmittelbar hinter dem offenen Wagen zur Erde nieder. Um eines Haars Breite wäre die Ampel den hohen Herrschaften auf die Köpfe gefallen. Der Prinz fuhr nur kaum nach dem dämmen, schickte aber gleich darauf seinen Kojanten, um Erkundigungen über den Unfall einzubringen zu lassen.

Der Justizminister Dr. Friedberg wird am 14. d. M. sein fünfzigjähriges Dientjubiläum feiern. Von den Richtercollegen, Justizbeamten u. s. w. werden zu dieser Feier umfassende Vorbereitungen getroffen.

Von Berliner Gaunerkorben zeigt wieder folgender, von dem A. T. mitgetheilte Vorkall: Im vorigen Monat wurde einer beschuldigt sich dort aufzustellen Dome aus Schloffen während der Worfstellung im Opernhaus ein Portemonnaie mit einem F-halt von 20 Mark aus der äußeren Paletottasche gestohlen. John Tage später erhielt die inwärdigen nach ihrer Heimath zurückgegriffene Dome Geld und Port monnaie mittelst folgenden eingedruckten Briefes zurük:

Gedehrter Herr! Als ich an jenem Abend den fälschen Griff in Ihre Tasche machte und dabei Ihre werthe Person auferte, hätte ich nicht gedacht, daß der Fund mit jenem Inhalt so weit hinter meinen Erwartungen zurückbleiben würde. Sie glauben gar nicht, wie viel Geld dazu geht, um hier in Berlin in anständiger Weise leben zu können. - Ich hielt Sie für eine Kleinhändlerin, die mit geduldetem Verbreiten sich Berlin ansieht, und glaubte, einen guten Fang zu machen. Da ich nun aber gesehen, daß das Portemonnaie so wenig enthält, so bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß Sie es nöthiger als ich gebrauchen, sende es Ihnen zurück und hoffe, Ihnen damit Satisfaction vor unsemern Tande beizubringen. Im nächsten Abend fand ich in der Tasche meines Nachbarn ein Portemonnaie mit ca. 300 Mark, das lohnte sich doch weitgenüß! Sie werden sich wundern, wie ich es fertig gebracht, Ihre Adresse zu erfahren, ja, wir Berliner sind verfluchte Kerle! Ohne Ihren Portier wäre es mit allerdings nicht gelungen. Sie schickten mir, wie Sie versprochen hatten, ein Schreiben, und Sie stündten, kein nächsten Besuch der Dampfstadt etwas mehr mitzubringen, schickte hochachtungsvoll Haie! Umgehend ist der Brief durch einen Schreiber von Profession geschrieben, die beiden Siegel lassen die Buchstaben H. H. erkennen. Die Erhaltung des mit 3000 Mark gefüllten Portemonnaies dürfte übrigens Renommee sein, wenigstens ist der Polizee von diesem Diebstahl nichts bekannt.

Halle, den 9. April.

Der Abdruck unserer Lokalnachrichten ist nur mit Wöhländer'schen Anzeigen verbunden.

Die gestrige Verammlung des konservativen Vereins war seitens der Mitglieder so zahlreich besucht, daß der große Saal des Rathhauses vollständig gefüllt war. Der Verein zählt ohne diejenigen, welche sich nach der gestrigen Verammlung als Mitglieder einschreiben ließen, allein in Halle bereits über 600 Mitglieder, außerdem im Saalkreise fast 400. - Nachdem die Verammlung mit einem dreifachen Hoch auf Se. Majestät eröffnet worden, hielt Herr Inspektor Palmie einen außerordentlich feisenden Vortrag über: Das Sozialistengeh





